



JUGENDSOZIALARBEIT IM FOKUS

EINE ÜBERSICHT ZUM KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN CDU, CSU
UND SPD – 21. LEGISLATURPERIODE



Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 hatte die BAG ÖRT die Wahlprogramme der sieben im Bundestag vertretenen Parteien verglichen. Grundlage dafür waren zehn jugendpolitisch relevante Themenfelder, die für die Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe von besonderer Bedeutung sind – von beruflicher Bildung über Demokratieförderung bis hin zur psychischen Gesundheit junger Menschen.

Die BAG ÖRT hat den nun vorliegenden Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD gezielt auf Inhalte zu denselben Themenfeldern überprüft und die wichtigsten Punkte zusammengefasst.

Die zehn Themenfelder im Überblick:

- Stärkung der Angebote der Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe (S. 3)
- Berufliche Bildung/ Passungsprobleme am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt (S. 4)
- Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit und Bildung (S. 5)
- Demokratieförderung und Extremismusprävention bei Jugendlichen (S. 6)
- Teilhabe benachteiligter junger Menschen (S. 7)
- Integrationsmaßnahmen für junge Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte (S. 8)
- Inklusion/ junge Menschen mit Behinderung (S. 9)
- Umgang mit digitalen Medien und Künstlicher Intelligenz (S. 10)
- Wohnraum für benachteiligte junge Menschen (S. 11)
- Förderung der psychischen Gesundheit junger Menschen (S. 12)

Mit dieser Übersicht möchten wir unseren Mitgliedern, Trägern und Fachkräften der Jugendsozialarbeit sowie politischen Entscheidungsträger:innen eine Orientierung bieten, welche jugendpolitischen Herausforderungen von der neuen Bundesregierung in welcher Form aufgegriffen werden und wo weiterer Handlungsbedarf bestehen bleibt.

1. Stärkung der Angebote der Jugendsozialarbeit & Jugendberufshilfe

- Stärkung der frühen Berufsorientierung in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, gemeinsame Roadmap
- Berufsberatungspflicht für junge Menschen ohne Perspektive und datenschutzkonforme Datennutzung durch die Jugendberufsagenturen
- Ausbau der Jugendberufsagenturen
- Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendplans, Erhöhung der Ausstattung um 10%
- Investition in Jugendarbeit, Jugendfreizeiteinrichtungen, außerschulische Bildungsangebote, Familienzentren und Familienbildungseinrichtungen
- Stärkung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit von Schule, Jugend- und Eingliederungshilfe
- Stärkung der Rolle freier Träger der Jugendarbeit beim Ganztagsausbau

2. Berufliche Bildung und Passungsprobleme am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

- Grundsicherung für Arbeitssuchende ersetzt Bürgergeld: Vermittlungsvorrang, Verschärfung von Sanktionen und Mitwirkungspflicht, Qualifizierung bei Vermittlungshemmnissen
- Stärkung der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung
- Sanierung und Substanzerhaltung beruflicher Schulen und überbetrieblicher Bildungsstätten
- Erweiterung von gebührenfreien Aufstiegsfortbildungen und Teilzeitmaßnahmen
- Evaluation des Berufsbildungsgesetzes mit Fokus auf Mindestausbildungsvergütung

3. Fachkräftemangel in sozialer Arbeit und Bildung

Kein spezieller Fokus auf soziale oder pädagogische Berufe – allgemeine Fachkräftestrategie:

- Abbau von Bürokratie und Dokumentationspflichten
- Verstärkte Erwerbsarbeit von Frauen, Prüfung eines Familienbudgets für Alltagshelfer
- Digitale Fachkräfteagentur zur besseren Einwanderung
- Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
- Reduktion von Arbeitsverboten für Geflüchtete

4. Demokratieförderung und Extremismusprävention bei Jugendlichen

- Verbesserung der Demokratie- und Medienbildung sowie Nachrichtenkompetenz durch bestehende Initiativen und das Bundesprogramm „Kultur macht stark“
- Nationaler Kinder- und Jugendgipfel, um jungen Menschen Gelegenheit zu geben, ihre Anliegen zu artikulieren und mit Politiker:innen zu diskutieren
- Prüfung einer Wahlberechtigung ab 16 Jahren
- Weiterführung des Programms Demokratie leben, Prüfung der Zielerreichung durch eine unabhängige Kommission

5. Teilhabe benachteiligter junger Menschen

- Weiterentwicklung und Ausweitung des Startchancen-Programms auf weitere Schulen und Kitas
- Bekämpfung von Kinderarmut, Prüfung der Einführung einer Kinderkarte für kindergeldberechtigte Kinder
- Onlineportal zur vereinfachten Leistungsbeantragung
- Erhöhung des Teilhabebetrags des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT)
- Planung einer Teilhabe-App, um Zugang zu Sport, Kultur etc. für Kinder und Jugendliche zu vereinfachen

6. Junge Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte

- Begrenzung der Migration
- Abschaffung der Einbürgerungsmöglichkeit nach 3 Jahren
- Verpflichtende Integrationsvereinbarung
- Bundesweite Einführung einer Bezahlkarte, Abschaffung des Bürgegelds für Ukraine-Geflüchtete
- Fortsetzung und Ausbau von Integrationskursen
- Abbau von Hürden zur Arbeitsaufnahme
- Berufsbegleitender Spracherwerb und berufsbegleitende Weiterbildung/Qualifizierung

7. Inklusion und junge Menschen mit Behinderung

- Verbesserung der Barrierefreiheit im öffentlichen und privaten Raum
- Erhalt und Reform von Werkstätten
- Förderung der Arbeitsmarktintegration, Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Werkstätten, Inklusionsbetrieben und Arbeitsmarkt
- Umsetzung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe
- Entwicklung einer gemeinsamen Lösung mit Ländern und Kommunen zur Leistungsvereinfachung

8. Umgang mit digitalen Medien und Künstlicher Intelligenz

- Einsatz einer Expertenkommission zur Entwicklung einer Kinder- und Jugendschutzstrategie in der digitalen Welt
- Konsequente Umsetzung des Digital Services Act (DSA)
- Jugendschutzgesetz kohärent zum DSA und zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
- Altersverifikation auf digitalen Endgeräten
- Realisierung des Digitalpakts 2.0 mit u.a. digitalisierungsbezogener Unterrichtsentwicklung, KI-gestützten Lernsystemen, anwendungsorientierter Lehrkräfteausbildung

9. Wohnraum für benachteiligte junge Menschen

- Ankurbelung des Wohnungsbaus und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- Verlängerung der Mietpreisbremse
- Verdopplung der Mittel für Junges Wohnen und Erreichen einer "WG-Garantie" durch Öffnung der Förderbestimmungen
- Bundesweite Anlaufstelle für Auszubildenden-Wohnen mit Bündelung von Beratungskompetenzen
- Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit

10. Förderung der psychischen Gesundheit junger Menschen

- Entwicklung einer Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“, u.a. mit Prävention, Früherkennung, Aufklärung und Fortbildung von Pädagog:innen
- Strategie und Erforschung von Einsamkeit insbesondere im Bereich Kinder & Jugendliche
- Unterstützung psychosozialer Zentren
- Etablierung von Childhood-Häusern als regionale Anlaufstellen bei Gewalt und Missbrauch
- Ausbau niedrigschwelliger digitaler Angebote in der Psychotherapie
- Einführung einer Notversorgung durch Psychotherapeut:innen



Fachverband : Örtlich regional
Jugendsozialarbeit : Bundesweit vernetzt

JUGENDSOZIALARBEIT IM FOKUS

Eine Übersicht zum Koalitionsvertrag zwischen CDU,
CSU und SPD – 21. Legislaturperiode

Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der
Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT e.V.)

Geschäftsstelle
Marienburger Straße 1
10405 Berlin
www.bag-oert.de

